

Weihnachten für das preussische Volk.

Das preussische Volk hat wohl noch niemals, so lange der preussische Staat besteht, so frohe Weihnachten als Volk feiern können, noch nie hat der Gruss der himmlischen Heerschaaren „Ehre sei Gott in der Höhe“ in einem ganzen Volke so dankbaren Wiederhall gefunden, wie in diesem für Preußen an Erfolgen und Ehren so reichen Jahre, — und nicht minder soll der weitere Weihnachtsgruß: „Friede auf Erden“ auch in öffentlichen Dingen bei uns zur freudigen Wahrheit werden.

Gerade an Weihnachten hat unser König zum Zeichen des wiederhergestellten inneren Friedens das mit der Landesvertretung vereinbarte Budget oder Staatshaushaltsgesetz veröffentlichen lassen.

Ebenso wie die Regierung und das Abgeordnetenhaus, hat auch das Herrenhaus den dankenswerthesten Eifer bekundet, zu dem Gelingen der patriotischen Aufgabe mitzuwirken. Rascher selbst als es erwartet werden konnte, ist der Staatshaushalt im Herrenhause zur Berathung und Beschlussnahme gelangt.

In der Sache hatte das Herrenhaus nicht unerhebliche Bedenken gegen einige Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, namentlich in Betreff der Streichung des Fonds für geheime polizeiliche Ausgaben, da diese zur Verfolgung und Entdeckung geheimer Verbrechen und für die Sicherheit des Staates unentbehrlich sind, und in Betreff der Einschränkung des Königs bei der Verwendung des Fonds für unerwartete Ausgaben.

Der Minister-Präsident Graf Bismarck erkannte die Bedenken als sachlich begründet an, wies aber von Neuem darauf hin, daß es vor Allem wichtig sei, den Streit über das Budget zum Abschluß zu bringen. „Das Verfassungsleben, sagte er, kann nicht nach Regeln der Rechtswissenschaft beurtheilt werden. Es ist eben ein beständiger Vergleich. Ich halte es für ein Glück für das Land, namentlich unseren Beziehungen zum Auslande gegenüber, die mir am nächsten liegen, das der Konflikt geschlossen ist, daß sogar die große Mehrzahl unserer entschiedenen Gegner diesem Friedensschluß beigestimmt haben. Ein Friedensschluß erfüllt niemals alle Wünsche, wird niemals allen Berechtigungen gerecht, — ich kann sagen, selbst der glorreiche Friedensschluß, den uns die Vorsehung in diesem Jahre hat machen lassen, läßt nach manchen Richtungen etwas zu wünschen übrig, was man als unerreicht bedauert. Nichts destoweniger ist es ein glücklicher Friedensschluß, und so hat die Regierung auch im Innern Genugthuung darüber, daß ein Zwist, der die ruhigen Gemüther im Lande bedrückte, abgeschlossen ist.“

In Uebereinstimmung mit dieser Auffassung der Regierung begnügte sich das Herrenhaus, seine Bedenken nur in einer ausdrücklichen Erklärung hervorzuheben, ertheilte aber zugleich, um das Zustande-

kommen des Staatshaushalts nicht zu hindern, dem Gesetze, wie es aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen war, seine Zustimmung.

Welchen Werth die Regierung ihrerseits auf das Gelingen des wichtigen Werkes legte, das bekundete sie thatsächlich durch die unverweilte Veröffentlichung des vereinbarten Staatshaushalts. Das Land wird mit dem Könige in der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes eine Bürgschaft für eine weitere segensbringende Entwicklung finden.

Die Berathungen der Bevollmächtigten der Norddeutschen Regierungen über den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes haben seit dem 15. December ihren regelmäßigen Fortgang gehabt.

Die Bevollmächtigten werden aus den bisherigen Verhandlungen die Ueberzeugung von dem Ernste gewonnen haben, mit welchem die preussische Regierung entschlossen ist, das, was sie zur Befriedigung des gemeinsamen nationalen Bedürfnisses für unerlässlich hält, festen Ganges, wiewohl unter schonender Rücksichtnahme auf die Stellung ihrer Bundesgenossen, durchzuführen.

Die Mitglieder der Konferenzen, welche auf Anlaß des Weihnachtsfestes nach ihrer Heimath gereist sind, dürften mit weiteren Weisungen Seitens ihrer Regierungen Behufs rascherer Förderung der gemeinsamen Aufgabe hierher zurückkehren. Eine baldige Vereinbarung über den Entwurf der Verfassung ist um so bestimmter in Aussicht zu nehmen, als die Ausschreibung der Wahlen und demnächst die Berufung des Reichstages unmittelbar bevorstehen.

Unser Minister-Präsident, Graf von Bismarck, dessen körperliche und geistige Frische auch bei den Landtagsverhandlungen der letzten Wochen wieder in alter Weise hervorgetreten ist, widmet seine Kraft und Fürsorge mit besonderer Hingebung der Verwirklichung des Norddeutschen Bundes, welcher recht eigentlich seine Schöpfung ist.

Die Nachricht, daß der Minister-Präsident in nächster Zeit eine Reise nach dem Süden antreten wolle, ist durchaus grundlos; er beabsichtigt vielmehr sich eine längere Erholung nicht eher zu gönnen, als bis er die Sache des Norddeutschen Bundes auch mit dem Reichstage durchgeführt haben wird.

Eine Erleichterung im Verkehr mit Kreuzbänden, welche von dem General-Post-Director bei Berathung des Stats in nahe Aussicht gestellt wurde, tritt am 1. Januar in Wirksamkeit. Es wird nämlich das zulässige Gewicht für einfach (mit 4 Pfennigen) frankirte Kreuzbandsendungen dadurch bis zu 2½ Loth erhöht. Dasselbe Gewicht ist schon vielfach in Postverträgen mit dem Auslande als Einheitsmaß für die Tarirung von Kreuzbandsendungen festgesetzt worden.